

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

96 (25.4.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragenen Nummern kosten 1,20 Pfennig, übergangsweise 1,50 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichtentgeltung des Zeitungslesers, bei geschäftlicher Vertretung und bei Konfirmation außer Kraft tritt die Erläuterung und Berücksichtigung in Karlsruhe i. B. o. Schlus der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufbekernde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, jährlich 20 Dfl. Ledergeltes o. Ober, Aufstellung, 1,90 Mark o. Durch die Post 2,36 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erhöht 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Volkstramb-Büro, Durack, Hauptstr. 9. B.-Boden, Jagdbausstr. 12. Kallert, Kollertstr. 2. Offenburg, Republikstr. 9

Nummer 96

Karlsruhe, Montag, den 25. April 1932

52. Jahrgang

Deutsche Elendswahlen

Wachsender Rechtsradikalismus infolge Wirtschaftsnot / Das Zentrum behauptet sich gut / Völlige Vernichtung der anderen Mittelparteien / Verluste der Sozialdemokratie

Vor schwersten Aufgaben und neuen Kämpfen

Preussen

Landtagswahl 20. Mai 1928		Reichstagswahl 14. Sept. 1930		Landtagswahl 24. April	
Wahlberechtigte	25 269 118	26 339 200	22 068 849	Wahlberechtigte	22 068 849
Wahlbeteiligung	19 265 800	21 656 500	4 674 943	Wahlbeteiligung	4 674 943
Reichspräsidentenwahl 13. März 32	26 928 400	26 988 100	1 524 931	Deutschnationale	1 524 931
Wahlberechtigte	23 159 200	22 268 600	3 374 413	Zentrum	3 374 413
Wahlbeteiligung			2 819 602	Kommunisten	2 819 602

Landtagswahl 1928		Reichstagswahl 1930	
Erzielten Stimmen:			
Sozialdemokraten	5 467 200	4 989 500	
Deutschnationale	3 276 400	1 9 68 700	
Zentrum	2 738 900	3 158 100	
Kommunisten	2 238 400	3 141 500	
Volkspartei	1 602 800	1 004 200	
Volksrechtspartei	236 400	803 100	
Wirtschaftspartei	855 700	579 000	
Deutsches Landvolk	277 500	681 000	
Staatspartei	840 300	3 968 000	
Nationalsozialisten	552 700	509 400	
Christlicher Volksdienst	72 900		

In den Ergebnissen der gestrigen Wahlen spiegelt sich stark das politische und wirtschaftliche Elend Deutschlands wider. Die rapid fortschreitende Proletarisierung der mittleren und kleineren bürgerlichen Schichten ist dem Nationalsozialismus abermals zugute gekommen. Diese in der Regel trägen und indifferenten Schichten der Bevölkerung wenden sich, wenn sie durch irgendwelche Ereignisse aus ihrem Schlafe aufgeweckt werden, der radikalsten Phrase und den größten Versprechungen zu. Das ergibt sich auch gestern wieder ganz klar aus der Tatsache, daß, abgesehen vom Zentrum, die anderen bürgerlichen Parteien Massenabseuerungen ihrer Wählerchaft zu verzeichnen haben. Volkspartei und Staatspartei sind gestern in Preußen geradezu aufgerieben worden; auch die Hugenberger haben von ihrem Harzburger Manöver nicht nur keinen Nutzen gehabt, sie sind vielmehr in Preußen um über die Hälfte geschwächt worden. Es ist ganz charakteristisch: die Nationalsozialisten in Preußen haben gestern etwa die gleiche Stimmengahl gehalten, die Hitler beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl auf sich vereinigte. Die Düsterbergwähler, die am 10. April zu Hitler gestoßen sind, blieben bei den Nazis und kehrten nicht mehr in das Lager Hugenbergs zurück. Auf die Deutsche Volkspartei trifft nunmehr in vollem Umfang und voller Schwere das feinerzeit im Reichstag gitierte Spottwort zu:

Vom letzten Wähler macht uns frei,
Allein der Führer Dingelben!

Ein Bild politischen Elends und blöder spießbürgerlicher Zerrissenheit bieten die anderen kleineren sogenannten Parteien, deren Zahl in manchen preußischen Wahlbezirken über anderthalb Duzend beträgt. Als unerschütterlich fest und allen Anstürmen gewachsen hat sich gestern in Preußen das Zentrum und in Bayern die Bayerische Volkspartei abermals erwiesen. Das ist auch bei dieser Wahl um deswillen besonders bemerkenswert, weil Zentrum und Bayerische Volkspartei beinahe ununterbrochen seit der Staatsumwälzung im Reich, in Preußen und in Bayern mit die volle Verantwortung für die Leitung der Staatsgeschäfte tragen. Während die Nationalsozialisten und die Kommunisten durch eine skrupel- und schamlose Oppositionspropaganda aus der wirtschaftlichen Not Stimmengewinn ziehen, besonders die Nazis, halten die beiden katholischen Parteien ihre Wählertruppen fest um ihre Fahnen geschart. Das hat nicht nur weltanschauliche Gründe; die politisch außerordentlich beachtliche Erscheinung resultiert sicher nicht zum letzten auch daraus, daß die beiden katholischen Parteien zielklar an der Aufjassung festhielten und sie betätigten, Verantwortung zu tragen und am Steuer des Staatschiffes mit zu stehen.

Wie in Preußen sich nun eine Regierungsbildung vollziehen wird, oder ob es bei einem Geschäftsmünisterium Braun bleibt, ist heute nicht vorauszu sehen. Die Entscheidung wird zu einem großen, wahrscheinlich sogar ausschlaggebenden Teil beim Zentrum liegen. Aber auch die Kommunisten können in Preußen den Gang der Dinge außerordentlich beeinflussen, sofern sie sich in eine geschlossene Oppositionsfront mit den Nationalsozialisten und der kleinen Anhängsel einreihen. Sie können und sie werden das Ministerium Braun führen — aber zur Bildung einer Regierung aus den Oppositionsparteien heraus dürfte es kaum kommen. Während Preußen bisher unter der Weimarer Koalition in ruhiger systematischer Entwicklung kraftvoll aufbauen konnte, wird es nun in die Erschütterungen einer völlig zerrissenen Innenpolitik geraten, wenn nicht gar ein Opfer einer extremen Abenteuerpolitik werden. Das müßte sich naturgemäß auch auf das Reich in der unheilvollsten Weise auswirken.

In diesem Zusammenhange ist es äußerst betrüblich, daß gestern die Wahlen in Württemberg ein Ergebnis gezeitigt haben, das sich auch auf die allgemeine Situation im Reich sehr schädlich auswirken kann. Wären in Württemberg die gestrigen Wahlen so ausgefallen, daß eine sichere Grundlage für eine Regierungsbildung unter Einbezug der links vom Zentrum stehenden Parteien vorhanden wäre, würde das vermutlich auch stark auf die Regierungsbildung in Bayern eingewirkt und bestimmt zum gleichen Ergebnis geführt haben. Dann hätte der deutsche Süden (Bayern, Württemberg, Baden und Hessen) ein verhältnismäßig einheitliches Bild geboten, eine Tatsache, die sich auf die Politik der Reichsregierung und ihre Entschlüsse trotz dem Preußen seit gestern wohlthuend ausgewirkt haben würde. So aber sind in Württemberg nach den gestrigen Wahlen die Dinge außer-

Im Verlaufe der Legislaturperiode traten in der Fraktionsstärke kleine, also unwesentliche Verschiebungen ein. Am Ende der Legislaturperiode setzte sich der alte Landtag wie folgt zusammen:

Der neue Landtag	
Sozialdemokraten	137
Deutschnationale	71
Zentrum	71
Kommunisten	48
Volkspartei	40
Landvolk und Volksrechtspartei	19
Staatspartei	22
Wirtschaftspartei	16
Nationalsozialisten	9
Christlicher Volksdienst	4
Kommunistische Opposition	1
Links-kommunisten	1
Radikaler Mittelstand	1
Sozialistische Arbeiterpartei	3
Fraktionslos	7
	450

Von den am 20. Mai 1928 gewählten 450 Abgeordneten waren 354 direkt in den Wahlkreisen gewählt worden; durch Verbindungen in den Wahlkreisverbänden 51 und auf der Landeswahlliste 45.

Bei den Reichspräsidentenwahlen erhielten in Preußen Stimmen:

	13. März 1932	10. April 1932
Deutschnationale (Düsterberg)	1 820 600	
Kommunisten	3 280 100	2 441 300
Nationalsozialisten	6 832 100	8 202 400

Am bisherigen Landtag verlor die Weimarer Koalition über 230 Mandate: 137 Sozialdemokraten, 71 Zentrum und 22 Staatspartei, denen 220 Mandate aller anderen Parteien gegenüberstanden.

Durch eine Veränderung des Wahlsystems ist die für ein Mandat erforderliche Stimmengahl von 40 000 auf 50 000 heraufgesetzt worden, was bei Berücksichtigung der neuen Mandatsverteilung zu beachten ist.

Bei der letzten Reichstagswahl erhielt die Weimarer Koalition in Preußen rund 8,83 Millionen Stimmen. Das sind rund 41 Prozent; sie hatte also die Mehrheit verloren.

Die Oppositionsparteien einschließlich der Kommunisten erhielten bei der letzten Reichstagswahl in Preußen 12,66 Millionen Stimmen, d. h. rund 59 Prozent. Der Anteil der Kommunisten betrug 14,5 Prozent.

Bei der Reichspräsidentenwahl am 10. April erhielten die Linksbürgerparteien 11,45 Millionen Stimmen, Hitler 8,2 Millionen Stimmen und Thälmann 2,44 Millionen Stimmen.

Land Anhalt

Landtagswahlen 20. Mai 1928	Reichstagswahl 14. September	Wahl 24. April
Wahlberechtigt 231 400	241 300	Sozialdemokraten 75 120
Wahlbeteiligung 203 900	222 000	Deutschnationale 12 807
Es erhielten Stimmen:		
Sozialdemokraten 84 500	85 000	Zentrum 2 630
Deutschnationale 13 300	8 200	Kommunisten 20 414
Landbund 21 700	12 900	Deutsche Volkspartei 8 184
Volkspartei 30 900	22 900	Haus- und Grundbesitzer 6 368
Kommunisten 15 000	23 700	Deutsche Staatspartei 3 227
Staatspartei 8 400	5 000	Nationalsozialisten 89 602
Hausbesitzer 8 300	—	SWP. 803
Wirtschaftspartei 6 800	9 500	
Nationalsozialisten 4 100	44 000	
Zentrum 2 300	2 600	

Der bisherige Landtag

Sozialdemokraten	15	Sitze
Deutschnationale	2	"
Landbund	4	"
Deutsche Volkspartei	6	"
Kommunisten	3	"
Deutsche Staatspartei	2	"
Haus- und Grundbesitz	1	"
Wirtschaftspartei	1	"
Nationalsozialisten	1	"
Insgesamt 36 Sitze		

Der neue Landtag

Sozialdemokraten	12	Sitze
Deutschnationale	2	"
Zentrum	1	"
Kommunisten	3	"
Deutsche Volkspartei	2	"
Haus- und Grundbesitzer	1	"
Deutsche Staatspartei	1	"
Nationalsozialisten	15	"
SWP.	0	"

Reichspräsidentenwahl 13. März

Wahlberechtigte	247 300
Wahlbeteiligung	228 900
Es erhielten Stimmen:	
Deutschnationale	13 700
Kommunisten	24 900
Nationalsozialisten	86 200

Reichspräsidentenwahl 10. April

Wahlberechtigte	247 500
Wahlbeteiligung	224 200
Es erhielten Stimmen:	
Deutschnationale	19 000
Kommunisten	94 900

Einzelergebnisse aus Preußen

Groß-Berlin: Soa. 797 000, Dntf. 225 513, Str. 109 118, Komm. 648 077, DVP. 26 294, Brpt. 1848, Wpt. 11 078, D. Bdpf. 8411, Nat. Beamte 2165, Stpt. 83 843, Dt. Hannov. 253, Chr. Soa. 15 411, SWP. 8191, Sonstige 7 825, Kleinrentner 19 607, Haus- u. Landwirte 11 286, NS. 764 840.

Frankfurt a. M.: SPD. 79 982, Dntf. 7415, Str. 40 815, KPD. 45 200, DVP. 13 739, Brpt. 631, Wpt. 7450, DVP. 566, Stpt. 10 059, NS. 117 492, D. Hannov. 78, Chr. S. 7155, SWP. 2884, Nat. Mittelst. 938, Wahlbeteiligung 70 Prozent.

Kassel: Soa. 30 332, Dntf. 6124, Str. 4302, Komm. 9388, DVP. 2506, Brpt. 84, Wpt. 462, DVP. 73, D. St. P. 2340, NS. 46 169, D. Hannov. 86, Chr. S. 2728, SWP. 531, Sonstige 87.

Köln: Soa. 58 427, Dntf. 8504, Str. 109 155, Komm. 66 172, DVP. 12 104, Brpt. 623, Wpt. 8401, DVP. 504, D. St. P. 6995, NS. 101 985, Chr. S. 1896, SWP. 1600.

Wiesbaden: Soa. 30 846, Dntf. 3496, Str. 3285, Komm. 6093, DVP. 2241, Wpt. 2664, D. St. P. 1081, NS. 24 136, Chr. S. 2355.

Breslau: Soa. 90 673, Dntf. 18 413, Str. 43 685, Komm. 30 950, DVP. 3340, NS. 160 165, SWP. 11 979.

Königsberg: Soa. 35 318, Dntf. 10 201, Str. 4189, Komm. 29 827, DVP. 6463, D. St. P. 3666, NS. 78 172, Chr. S. 3449.

Magdeburg: Soa. 71 432, Dntf. 14 030, Str. 4022, Komm. 21 720, DVP. 5985, Wpt. 1493, D. St. P. 5013, NS. 63 295.

Düsseldorf: Soa. 37 112, Dntf. 10 389, Str. 66 464, Komm. 59 273, DVP. 7834, Brpt. 1776, Wpt. 7754, DVP. 197, Junge Rechte 770, D. St. P. 1940, NS. 82 415, Chr. S. 2963.

Bonn: Soa. 32 035, Dntf. 7560, Str. 38 202, Komm. 27 891, DVP. 3023, Brpt. 353, Wpt. 1645, D. St. P. 868, NS. 55 718, Chr. S. 4137, SWP. 932.

Erfurt: Soa. 43 443, Dntf. 13 078, Str. 109 567, Komm. 72 742, DVP. 4656, Brpt. 849, Wpt. 4539, DVP. 293, D. St. P. 1897, NS. 92 996, Chr. S. 7060, SWP. 1004.

Dortmund: Soa. 70 552, Dntf. 15 592, Str. 58 604, Komm. 61 226, DVP. 6743, NS. 60 867.

Sannover-Stadt: Soa. 106 551, Dntf. 10 189, Str. 12 204, Komm. 21 402, DVP. 8142, D. St. P. 4699, NS. 117 755, Chr. S. 2702.

Die kleineren Parteien bei den Preußenwahlen

Die unter der Bezeichnung „Nationale Front“ zusammengefaßten Parteien haben Wahlzettel, d. h. mindestens 50 000 Stimmen in den Wahlkreisen nicht erzielt. Nebenbei liegen die Dinge bei der Staatspartei und beim Christlich-Sozialen Volksdienst. Beide Parteien haben je nur einen Sitz in den Wahlkreisen errungen. Obgleich auf ihren Landeswahlvorschlägen 282 441 bzw. 200 068 Reststimmen vorhanden sind und diese Stimmenzahl an sich ausreichen würde für weitere sechs bzw. vier Mandate, kann diesen Parteien auf den Landeswahlvorschlag je nur ein Sitz zuerkannt werden, da einer jeden Partei auf der Landesliste im Höchstfall so viele Mandate zuerkannt werden dürfen, wie sie Sitze auf den Kreislisten errungen hat. Aus dem gleichen Grunde können auch der SWP. und den „Nationalen Arbeiterpartei“ Mandate nicht zuerkannt werden. Die Deutsche Volkspartei hat sieben Mandate insgesamt erhalten.

Einzelergebnisse aus Bayern

München: SWP. 111 256, Soa. 81 457, BVP. 6679, Dntf. 12 772, NS. 112 214, Komm. 50 853, SWP. 2240, Chr. S. 6129, Wpt. u. Wpt. 9880.

Bamberg: SWP. 10 823, Soa. 3811, BVP. 214, Dntf. 596, NS. 12 187, Komm. 855, SWP. 49, Wpt. 178, Wpt. u. Wpt. 648, Wahlbeteiligung 84 Prozent.

Ereuzer: SWP. 4213, Soa. 3398, BVP. 149, Dntf. 297, NS. 3971, Komm. 1791, SWP. 75, Wpt. 435, Wpt. u. Wpt. 769, Wahlbeteiligung 80 Prozent.

Bayreuth: SWP. 1116, Soa. 7432, BVP. 166, Dntf. 1035, NS. 11 313, Komm. 633, SWP. 48, Wpt. 32, Wpt. u. Wpt. 208.

Erlangen: SWP. 1854, Soa. 6500, BVP. 387, Dntf. 789, NS. 6185, Komm. 852, SWP. 48, Wpt. 444, Wpt. u. Wpt. 233.

Die österreichischen Wahlen

Sozialdemokratie hält Wien fest

Wien, 24. April. Nach den nichtamtlichen Wahlergebnissen für den Wiener Gemeinderat — waleich Landtag — der jetzt 100 Mandate gegen früher 120 zählt, verteilen sich die Mandate auf die Sozialdemokraten mit 66 (früher 78), Chr. Soa. 19 (früher Einheitsliste Chr. Soa. 40, Großdeutsche 2), Nationalsozialisten 15 (0). Demnach haben die Sozialdemokraten prozentual ein Mandat gewonnen. Der Gewinn der Nationalsozialisten geht auf Kosten der Christlich-Sozialen und Großdeutschen.

Die Wahlen für den niederösterreichischen Landtag

Wien, 24. April. Vorläufiges Endergebnis der Landtagswahlen in Niederösterreich: Es erhielten Christlich-Soa. 28 (30) Mandate, Sozialdemokraten 20 (21), Natios. 8 (0), Großdeutsche 0 (5), Landbund 0 (1), Kommunisten 0 (0). Der neue Landtag besteht aus 56 Abgeordneten gegen 60 Abgeordnete im letzten Landtag.

Die Wahlen in Salzburg

Wien, 24. April. In Salzburg hatten die Landtagswahlen folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 29 810 (36 919), Christlich-Soziale 43 013 (51 121), Großdeutsche 2050 (15 631), Nationalsozialisten 24 156 (4597), Bauernbund 7361 (6755), Kommunisten 3127 (755).

Mandatsverteilung: Sozialdemokraten 8 (9), Christlich-Soziale 12 (11), Landbund 0 (1), Großdeutsche 0 (2), Nationalsozialisten 6 (0), Kommunisten 0 (0).

Abfuhr für Hitler

SPD. Hamburg, 23. April. Als Hitler am Samstag mit einem Luxusauto auf dem Wege nach Hamburg war, wo er in einer Kundgebung sprechen sollte, trat ihm in dem Vorort Haf der Beddel eine Gruppe Arbeiter entgegen, die ihm, als das Auto anhält, vier große Transparente mit der Aufschrift: „Hitler lehre zurück, alles vergebens, Hamburg wählt Räte!“ entgegenhielt. Hitler, der zuerst glaubte, daß die Arbeiter zu seiner Begrüßung erschienen seien, wandte sich mit betrübter Miene ab und die Autos fuhr mit großer Geschwindigkeit durch den Ort, dessen Straßen völlig in Schwarz-Rot-Weiß brannten. Nebenbei ist es Hitler in Reidenburg (Ostpreußen) gegangen.

Zusammentreffen des Reichskanzlers mit Gröner

Wien, 24. April. Reichskanzler Dr. Brüning passierte heute vormittag im Auto die österreichisch-bayerische Grenze beim Nebenzollamt Lindau-Biegelhaus und fuhr nach Lindau, wo Reichsinnenminister Dr. Gröner, der dort am Samstag eingetroffen war, in das Auto des Reichskanzlers stieg.

Nazi-Ueberfall auf Wels

Nationalsozialistischer Reichstagsabg. als Anschlag-Kadelführer

Köln, 23. April (SPD.)

Am Freitag abend wurde nach einer sozialdemokratischen Kundgebung unter freiem Himmel, an der sich 30 000 Personen beteiligten, auf den Weg des Abends, den Vorführungen der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, und den Kölner Polizeipräsidenten Bauknacht ein gewalttätiger Angriff durch Nationalsozialisten verübt.

Wels befand sich in Gesellschaft Bauknachts in der Wirtschaftshaus des Hotels Deis, in dem er wohnte. Als Wels und Bauknacht das Lokal verlassen wollten, stellten sich ihnen noch im Lokal einige Nationalsozialisten entgegen, einer von ihnen stieß Wels mit der Hand ins Gesicht. Polizeipräsident Bauknacht, der sich von Wels schon verabschiedet hatte, trat nun wieder hinzu und suchte die Nazis zu beruhigen. Da trat der nationalsozialistische Abgeordnete des Reichstages Dr. Len auf ihn zu, rief ihm die Krawatte herunter und schlug dreimal über die rechte Schulter auf Bauknacht ein. Ein wuchtiger Stieß mit einer Weinsflasche traf den Polizeipräsidenten auf den Kopf und verletzte ihn erheblich. Auch ein Kellner, der zu Hilfe kam, wurde von dem Gesindel blutig geschlagen. Hierauf ließ der Polizeipräsident die Türen zum Lokal schließen, ließ Polizei holen und dann sechs Nazis verhaften. Unter dem Verhafteten befindet sich der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Len, der betrunken war und der Redakteur des Westdeutschen Beobachters, Schwewe.

Köln, 23. April. (Rhein. Zig.) Nach dem ärztlichen Befund hat Otto Wels durch einen Schlag auf den Kehlkopf eine Verletzung der Stimmritze und des Kehlkopfknorpels erlitten. Er mußte sofort in weitere ärztliche Behandlung gegeben. Die Nationalsozialisten befinden sich noch in Haft. Der Abgeordnete Len stand heute vormittag noch stark unter den Wirkungen des Alkohols.

Protest beim Reichspräsidenten und Kanzler

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der sozialdemokratische Parteivorstand haben wegen des Attentats auf Wels und Bauknacht Protesttelegramme an den Reichspräsidenten, an den Reichskanzler, an den Reichsinnenminister, an den preussischen Ministerpräsidenten und an den preussischen Innenminister gerichtet. Sie verlangen Maßnahmen gegen den nationalsozialistischen Terror und Schutz für den öffentlichen Redner.

Die Schilderung von Otto Wels

Reichstagsabgeordneter Otto Wels gab über den feigen Ueberfall durch die Nationalsozialisten folgende Schilderung:

Nach der Kundgebung auf dem Sassenhof begab ich mich mit meinen Freunden in das Hotel-Restaurant Deis, wo ich seit 1907 regelmäßig wohne, wenn ich nach Köln komme. Ich saß an einem Tisch mit dem Polizeipräsidenten Bauknacht, und wir unterhielten uns über politische Angelegenheiten. An einem anderen Tisch saß Dr. Len mit einigen Nationalsozialisten.

Gegen 1 Uhr füllte sich das Lokal plötzlich mit zahlreichen jüngeren Nationalsozialisten, die, wie später festgestellt wurde, telefonisch durch Dr. Len nach dem Restaurant Deis beordert worden waren.

Einige Minuten vor 2 Uhr wollte ich nach oben gehen. Ich nahm Hut und Mantel und mußte beim Verlassen des Raumes an dem Tisch vorbeigehen, an dem Dr. Len saß. Da riefen mich die Nationalsozialisten ostentativ „Heil Hitler!“ entgegen. Ich erwiderte: „Wenn ich der Gruß selien, etwa mir?“ Raum hatte ich diese Worte ausgesprochen, so

erhielt ich wuchtige Faustschläge

Ich konnte mich nur noch mit Mühe an den Tisch klammern. Nichts von mir bemerkte ich den Polizeipräsidenten

Bauknacht, dessen Gesicht völlig mit Blut überströmte

war. Er war mit einer Weinsflasche auf den Kopf geschlagen worden, so daß die Scherben auf dem Boden umherflogen.

Dann fürzte man sich wieder auf mich und verfehlte mir Faustschläge gegen den Kehlkopf, so daß, wie der Arzt feststellte, die Stimmritze in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Ich muß mich sofort, sobald ich nach Berlin zurückgekehrt bin, einer Röntgenuntersuchung unterziehen, da das, wie der Arzt feststellte, die Stimmritze in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Ich habe gegen die Nationalsozialisten Strafantrag wegen Körperverletzung gestellt.

Der Kölner Polizeibericht belagt über den Vorfall: In der vergangenen Nacht wurde der Abgeordnete Wels in Begleitung des Polizeipräsidenten Bauknacht in dem Restaurant seines hiesigen Hotels, in dem er seit Jahren zu wohnen pflegt, durch etwa zehn ebenfalls im Lokal anwesende Nationalsozialisten unter Führung des Reichstagsabgeordneten Len tätlich angegriffen. Durch unbedeutende Wunden ist festzustellen,

daß Dr. Len einige Zeit vor dem Vorfall telephoniert und daß kurz danach eine größere Anzahl Nationalsozialisten in das Lokal kamen

und um Tisch des Dr. Len Platz nahmen. Die Nationalsozialisten verprügelten nach der Tat fluchtartig das Lokal zu verlassen, wurden aber durch Polizeibeamte, die schon vorher durch den Witz des Lokals auf das Treiben der Nationalsozialisten aufmerksam gemacht worden waren, gefasst.

Der Vorwärts schreibt zu dem Nazi-Ueberfall auf Otto Wels:

„Hätte der Weinsflaschenangriff der Len-Kowboys auf Otto Wels und Bauknacht einen anderen Ausgang genommen, dann wären vielleicht die Hunderttausende, die am Freitag im Lustgarten demonstrierten, auf eine solche Nachricht hin nicht mehr zu halten gewesen. Und dann: Gnade Gott den Schuldigen! Die Schuldigen sind die Führer der NSDAP, die seit Jahr und Tag bei ihren Massen, insbesondere in einer unreifen Mittelstandsjugend, eine blutrünstige Landesknechtsstimmung durch Reden schüren, die fast ausnahmslos Aufforderungen zum Mord enthalten. Herr Hitler droht mit Körperrollen und läßt es durch seinen Rechtsberater Frank II ausdrücklich bestätigen. Herr Georg Straßer spricht davon, daß man bis zu den Knöcheln im Blut der Feinde waten werde. Herr Stöhr verprügelt der Handindustrie im Dritten Reich Hochkonjunktur Herr Goebbels spricht von den Galgenstricken. Herr Buttman will die verrotzte „Guillotine“ mit den Nadeln der politischen Gegner puzen und sie mit deren Blut schmirren. Herr Weitz entwirft, nach Rücksprache mit dem Münchener Bauern Haus, seine Bohreimer Dokumente, in denen das Wort „Erstgehen“ als Rehrreim dient.

Was geschieht von Rechts wegen gegen die Anführer zu Mord und Totschlag? Nichts! Aber mittlerweile geht die Saat blutig auf. Der Kölner Fall ist ein Symptom. Ihr Naziführer, ihr leid gewarnt! Abschlagen läßt die deutsche Arbeiterklasse weder sich noch ihre Führer!“

Erhöhte Alarmbereitschaft der preussischen Polizei

SPD. Berlin, 23. April. Wie der Amil. Preuß. Pressebericht mitteilt, hat der preussische Minister des Innern durch Polizeiauftrag an alle Ober- und Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin für die Wahlen zum preussischen Landtag bis um 18 Uhr des 24. April Bereitschaft der Polizei und Landjäger angeordnet. Ab 18 Uhr gilt am 24. April erhöhte Alarmbereitschaft. Die Polizei- und Landjägerregimenten haben sich 24. April ab 12 Uhr mittags abzurufen zu halten.

Hochverratsanklage gegen Dr. Goebbels

SPD. Berlin, 23. April. Wie der Abend meldet, hat der Oberstaatsanwalt beim Reichsgericht gegen Dr. Goebbels Anklage wegen Hochverratsverdachts beantragt.

Termin für Landtagsneuwahl in Oldenburg

Wien, Oldenburg, 23. April. Der Termin für die Neuwahl des Landtages ist auf den 29. Mai festgesetzt worden.

„Aufgelöste“ SA-Horden organisieren Saalschlacht

Das Reichsbanner als Saalschutz unbedingt nötig Aus München wird dem SP. zu der bereits fürs mitgeteilten Saalschlacht gemeldet:

In drei Kieler Versammlungen der Eisernen Front München sprach am Freitag abend der Berliner Polizeipräsident Genosse Graefink. Alle drei Säle mußten schon frühzeitig wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden. Im Haderbräu und im Löwenbräukeller hatten sich

je 200 bis 300 junge Leute der aufgelösten SA rechtzeitig Plätze gesichert in der Absicht, die Versammlungen zu sprengen. Schon beim Eintritt mußten einigen von ihnen Pfaffensteine abgenommen werden

Während die Versammlung im Wagnersbräu, wo Graefink zuerst sprach, völlig ruhig verlief, störten die Hitlerbanditen die Haderbräuer Versammlung und schon beim Referat des Abgeordneten Seifried fortgesetzt derart, daß es schließlich zu einem Tumult und zu einer

blutigen Saalschlacht im Haderbräu kam

Innerhalb von zehn Minuten gelang es dem Reichsbanner mit Hilfe der Polizei, die das Überfallkommando herbeigerufen hatte, die Saalkreuzkrieger aus dem Saal zu werfen. Etwa

zwölf Verletzte, darunter auch Reichsbannerleute, mußten Sanitätsbilfe in Anspruch nehmen.

Inzwischen war Genosse Graefink geflohen und konnte unter heftigstem Beifall der Kieler Versammlung in vollkommener Ruhe sprechen.

Die größten Hitler-Krowdos hatten sich aber vor dem Löwenbräukeller verabschiedet,

der seit 7 Uhr abends von einer riesigen Menschenmenge umlagert war. Ein starkes Polizeiaufgebot hielt die Ordnung aufrecht. Graefink kam erst kurz nach 10 Uhr. Kaum hatte er zu sprechen begonnen, als das Saalkreuzkriegerkommando systematisch mit Störsprechereien und Stinbomben arbeitete, die alle Warnungen des Versammlungsleiters und des Ordnungsdienstes in den Wind schlug. Als einige der rabiatesten Geiseln aus dem Saal entfernt werden mußten, begannen deren Mitverschworene

mit Stößen und Bierkrügen einzuschlagen,

so daß im Nu eine blutige Schlägerei im Gange war. Hier dauerte es eine Viertelstunde, bis die Saalkreuzkrieger durch das Reichsbanner mit tatkräftiger Unterstützung der Polizei aus dem Saal hinausgeworfen waren und Genosse Graefink unter tosendem Beifall seine Rede um 11 Uhr beenden konnte.

Soviel sich im Augenblick feststellen läßt, gab es hierbei

25 bis 30 Verletzte.

Wieder einmal ist in München der Beweis erbracht, daß

ohne Reichsbanner eine republikanische Versammlung nicht durchgeführt werden kann

Die Polizeibeamten gaben, nachdem der SA die Sprengung so schmächtig vorbeigelungen war, offen zu, daß die Versammlung nicht hätte durchgeführt werden können und viel Blut geflossen wäre, wenn das Reichsbanner nicht gewesen wäre. Der Abend hat geseigt.

daß die SA, und SS, trotz des Verbotes ihr gewalttätiges und verbrecherisches Landesknechtentum nach wie vor in gewissenloser Weise und mit den feinsten Methoden ausübt.

Der Überfall auf Kolonie Felsenack

Das Bürgerkriegstreiben vor Gericht — Schwere Belastungen der Nazi

Berlin, 21. April (Sta. Ber.). Vor dem Schwurgericht des Landgerichts 3 in Berlin-Moabit begann der auf mehrere Wochen angelegte Prozeß gegen die blutigen Vorfälle in der Kolonie Felsenack in Berlin-Reinickendorf-West, die feinerzeit zwei Menschen, einem Kommunisten und einem Nationalsozialisten das Leben gekostet haben. Auf der Anklagebank sitzen 18 Kommunisten und 6 Nationalsozialisten. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Bode, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Stehnia. Zu dem Prozeß sind annähernd 300 Zeugen geladen.

Am 18. Januar 1932 zogen nach einer nationalsozialistischen Versammlung größere Scharen des Sturmabmars 3 der SA zur Kolonie Felsenack, um den „verhassten roten“ ein auszuweichen. Die Nationalsozialisten haben später versucht, ihren Kriegszug gegen die Arbeiterkolonie Felsenack als ein zufälliges Berühren des feindlichen Territoriums zu tarnen. Es ist jedoch erwiesen, daß die SA auf großen Umwegen in die Kolonie zog in der offensibaren Absicht, die Kolonisten, wie es im Nazistatut so heißt, „fertig zu machen.“ Auf ihrem Zug durch die Kolonie übten die händelnden Nazis die Kolonisten aufs gemeinste an, schrien „Nieder mit den roten Händen“ und warfen Steine und Saunlaten in die Kolonistenhäuser. Es kam zu einem wilden Straßenkampf, in dessen Verlauf der nationalsozialistische Kunstmaler Schwarz durch einen Versäufel getötet wurde. Es hat sich nie feststellen lassen, wer den Stich gegen den Nationalsozialisten abgab. Als die Polizei erschien, waren die Kämpfenden bereits geflüchtet. Daß die Nazis an den nächsten Kämpfen in der Kolonie Felsenack die Hauptschuld tragen, beweist die Tatsache, daß Nationalsozialisten entgegen den Anordnungen der Polizei die Kolonie auf ihrem Wege passierten.

Nach der umfangreichen Vernehmung der Angeklagten über Personalkarten — mehrere sind kriminell zum Teil erheblich vorbestraft — gibt das Gericht einem Antrag des Verteidigers Litten statt, den Angeklagten Bohmann wegen Sachbeschädigung als Nebenkläger gegen die sechs auf der Anklagebank sitzenden Nazis zuzulassen. Dann macht der als erster vernommene Angeklagte, der Nationalsozialist Dorst, Angaben, die die Nationalsozialisten aufs schwerste belasten. Er gibt eine Schilderung des mörderischen Überfalls auf den Arbeiter Klemke bekräftigt, daß die Nationalsozialisten in dieser Uebermacht mit Knöpfen und Totschlägern auf den einzelnen Mann eingeschlagen haben. Er schilderte es so: „Wir umstürzten ihn, der Sturmführer Schulz gab ein Signal, und dann machten wir den Mann fertig.“ Der Angeklagte gesteht ferner, daß seine Kameraden Schwarz und Straube auf Klemke losgegriffen haben. Er hat auch aus der Gruppe der Nazis mehrere Schüsse fallen hören und dann gesehen, wie Klemke zusammenbrach.

Dorst hat seiner Zeit bei der polizeilichen Vernehmung keine Angaben noch weit präziser formuliert und versucht jetzt offensichtlich Ausschüfte zu machen. Immerhin sind die Angaben des Nazis für seine SA-Kameraden auch jetzt noch so gravierend, daß die Sit-

An die Arbeiter aller Länder!

Der Mai-Aufruf der Sozialistischen Internationale

Mitten in schicksalsschweren Tagen rüftet das sozialistische Weltproletariat zur Feier des 1. Mai.

Noch immer ist im Fernen Osten der Kriegsbrand nicht erloschen. Sächte Aufmerksamkeit der Völker aller Länder tut not.

Wir demonstrieren am 1. Mai:

Gegen den japanischen Imperialismus! Gegen die Interessen des imperialistischen Raubsystems! Gegen den Weltimperialismus! Gegen den Krieg!

Während der Krieg im Fernen Osten tobt, haben in Genf die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz begonnen. Gerade weil die Kriegsgesahr am größten ist, ist die Abrüstung aller Länder am nötigsten. Eine durchgreifende internationale Abrüstung würde die Kriegsgesahr zwar nicht beseitigen, solange der Kapitalismus besteht, aber sie erheblich verringern. Es gilt, die Abrüstung im Kampf gegen Militarismus und Imperialismus zu erzwingen.

Wir demonstrieren am 1. Mai:

Gegen die Kriegsrüstungen! Für eine durchgreifende Herabsetzung aller Rüstungen! Für den Weltfrieden!

Arbeiter aller Länder!

In den Wahlkämpfen, in denen das Proletariat in diesen Wochen steht, fallen Entscheidungen von geschichtlicher Bedeutung. Es gilt vor allem die Verhinderung des Großkapitals abzuwehren, das den Herrschaftsbereich des Faschismus ausdehnen will. Es geht um die Behauptung der Demokratie, die Verteidigung der Grundlagen der Arbeiterbewegung in Deutschland, um den Sturz der Regierung der nationalfaschistischen Reaktion in Frankreich, um die Stärkung der proletarischen Macht im roten Wien.

Wir demonstrieren am 1. Mai:

Gegen den Faschismus! Gegen alle Versuche der Entrechtung der Arbeiterklasse! Für die Demokratie!

Eindringlicher denn je zuvor beweist der Kapitalismus in dieser furchtbaren Krise seine Unfähigkeit, die Lebensgrundlagen der Menschheit zu sichern. Die Produktivkräfte, die der Kapitalismus geschaffen hat, sind seiner Herrschaft entfallen. Not und Elend von Millionen, hilflose Fabrikten und Massenarbeitslosigkeit sind die Wahrzeichen des Niedergangs des Kapitalismus.

Nur die planmäßige Organisation der Weltwirtschaft, nur sozialistische Wirtschaftsprinzipien zeigen den Ausweg aus dieser Krise. Die Niederwerfung des Faschismus muß den Weg bahnen für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaftsordnung.

Wir demonstrieren am 1. Mai:

Gegen den kapitalistischen Wirtschaftswahnsinn! Für ausreichenden Lebensunterhalt für die Opfer des Kapitalismus! Für die Vierzigstundenwoche! Für den Aufbau des Sozialismus!

In den geschichtlichen Kämpfen, in denen das Proletariat steht, wird es sich um so stärker erweisen, je mehr es versteht, seine organisatorische Einheit zu wahren. Jede Zersplitterung der proletarischen Kräfte stärkt den Klassenfeind.

Wir demonstrieren am 1. Mai:

Gegen die Spaltung des Proletariats! Für volle organisatorische Einheit der Arbeiterklasse!

Das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

lernverteidiger offensichtlich in Bekämpfung über den Ausgang des Prozesses sind.

Zwischenfall im Felsenack-Prozeß

CMB. Berlin, 22. April. In der heutigen Verhandlung gegen die kommunistischen und nationalsozialistischen Teilnehmer an der blutigen Schlägerei und Schießerei in der Laubentkolonie Felsenack trat eine unvorhergesehene Unterbrechung ein.

Während der Vernehmung des nationalsozialistischen Angeklagten Schwarz, der ebenso wie Dorst erst vor kurzem von den Kommunisten, bei denen er vier Jahre lang dem Frontkämpferbund angehört, zu den Nationalsozialisten übergetreten ist, brach einer der kommunistischen Angeklagten zusammen.

Die neben ihm sitzenden kommunistischen Angeklagten riefen: „Wir protestieren! Wir werden noch alle zusammenbrechen! Wir kommen nie an die frische Luft!“ Während dieser Szene erlitt ein weiterer kommunistischer Angeklagter Krampfanfälle und mußte ebenso wie der erste von Justizwachmännern hinausgetragen werden, während der fortwährende Verhandlungspause eintrafen ließ. Die beiden Angeklagten sind inzwischen gerichtsärztlich untersucht worden. Es hat sich herausgestellt, daß tatsächlich durch einen Organisationsfehler während der bisherigen Verhandlung die jugendlichen Untersuchungsangehörigen nicht in den Genuß der ihnen zustehenden Freistunde gekommen sind.

„Judenregierung“

Im Anschluß an die Preußenwahlen wird folgende allgemeine beachtenswerte Feststellung gemacht:

Im wilhelminischen Preußen, in dem die Bevölkerung in drei Klassen eingeteilt war, gab es weder eine Gleichberechtigung der Juden, noch eine Gleichberechtigung der Katholiken. Damals duldet der Staat nicht einmal die Anwesenheit eines Nicht-Ariers, geschweige eines Beamten, wenn sich dieser zur Sozialdemokratie, der weitaus größten Partei des Landes, bekannt hätte. Es gab einen einzigen sozialdemokratischen Bürgermeister. Das neue Preußen hat sowohl den Männern wie den Frauen das gleiche geheime

Der Mai-Aufruf des Internat. Gewerkschaftsbundes

Am 1. Mai, dem hohen Feiertag der Arbeit, erhebt der Internationale Gewerkschaftsbund seine Stimme, um den besten Gedanken der internationalen Solidarität aufs neue und aufs nachdrücklichste zu bekunden.

Allüberall hin, über alle Schranken und Grenzen hinweg, möge dieser Ruf ertönen, ein Kampfruf, der alle Kräfte der Arbeiterschaft im Kampf gegen den Kapitalismus stärken soll. Alle sollen sich dessen bewußt werden, daß es noch eine Kraft gibt, die imstande ist, die Gesellschaft vor dem Untergang zu bewahren, sie aus höchster Not zu erlösen und eine neue Welt zu schaffen. Das noch bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem kann kaum noch als das herrschende angesehen werden, da es die Herrschaft über die eigenen Produktionsmittel, über die Technik und seinen Güteraustausch verloren hat. Der sich seiner Wirtschaftlichkeit rühmende Kapitalismus hat zum größten Verräter geworden. In den Händen der Kapitalistenklasse ist die Technik zum Fluch geworden. In ihrer Knechtschaft zerstören die Leiter der heutigen Wirtschaft- und Staatspolitik durch Abschürfung und Aufrechterhaltung neuer Schranken die Reichtümer, die der Kapitalismus selbst geschaffen hat. Er vermag die rühmende Arme nicht mehr in Bewegung setzen und dabei verrotten seine Maschinenanlagen.

Es gilt an diesem Feiertag der Arbeit, unseren unbeswingbaren Willen zum Ausdruck zu bringen, unseren Arbeitsbrüdern, die außerhalb des Arbeitsprozesses stehen, Arbeit zu verschaffen. Wenn, was diesem Zwecke dienlich ist, muß getan werden: deshalb erhebt der Internationale Gewerkschaftsbund die

Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und der Einführung der 40-Stundenwoche.

Gleichzeitig muß alles aus dem Wege geräumt werden, was der Behebung der Arbeitslosigkeit hinderlich ist. An Stelle der Rationalisierung trete planvolle Leistung, Zusammenbruch der Abschürfung, Menschengenossenschaft, heftige Vermittlung und Beschäftigung der Arbeitskraft. Im Namen seiner 14 Millionen Mitglieder und für die 25 Millionen Erwerbslosen in der Welt fordert der Internationale Gewerkschaftsbund, daß aus dem Verlagen der kapitalistischen Wirtschaft die zwingenden Folgerungen gezogen werden.

Am Feiertag der schöpferischen und wertschöpfenden Arbeit erheben wir die Forderung nach Beilegung der unproduktiven Streitigkeiten, die in sich selbst ein ständiges Gefährdungsrisiko und seiner Schreden bedeuten. Den Ruf „Nie wieder Krieg!“ stärken wir durch die Parole: Vernichtet die Mittel des Krieges! Die Welt darf nicht den Dämonen der Rüstungsindustrie geopfert werden. Alle Völker müssen sich gegen ihren gemeinsamen Feind wenden: die Rüstungsindustrie.

Wir rufen das Gewissen der Menschheit im Namen der Millionen Kriegsoffer wahr. Der Profit der Arbeiter der Massenfabrikanten, die von Tod und Zerkürung leben, gehen wir den entschlossenen und entschlossenen Willen der Werkstätigen und Arbeiter entgegen.

Noch nie ist so klar wie in dieser Krisenzeit, die mit der Gefahr des Krieges und des Faschismus schwärzer noch, die gegenwärtige Abhängigkeit der Völker und die Notwendigkeit internationaler Solidarität solange getreten und noch nie hat sich so unabwendbar die internationale Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme aufgedrängt.

Einiger und entschlossener als je muß das internationale Proletariat in dieser Zeit sein, denn von niemand anderem als von ihm selbst ist der Anstoß zur Beseitigung der Dinge zu erwarten.

Gegen Krieg, Munitions- und Rüstungskapitalismus.

Für Frieden, Völkerverständigung und Abrüstung! Gegen kapitalistische Anarchie, Arbeitslosigkeit und Hunger! Für planmäßige Gemeinwirtschaft, Arbeit und Wohl für alle!

Der Internationale Gewerkschaftsbund

und freie Wahlrecht gegeben, wie es alle anderen Ungleichheiten und Degradierung der Staatsbürger beseitigte.

Keine größere Lüge jedoch, als heute von einer Judenregierung zu sprechen. Seit 1920 ist nie ein Jude preußischer Minister gewesen. Unter den 12 Oberpräsidenten, 35 Regierungsverwaltern und über 400 preußischen Landräten befinden sich nicht ein einziger Jude. Unter rund 2000 sonstigen Verwaltungsbeamten sind ganze 25 Juden. Unter den Schulinspektoren gibt es kaum welche. In höheren Schulen der Provinz gibt es kaum jüdische Lehrer. Unter der preußischen Bevölkerung befinden sich ganze 1,1 Prozent Juden. Hilft alles nicht, die preußische Regierung und Verwaltung sind nach den Angaben der Nationalsozialisten verjudet.

„Judenregierung.“ So heißt es heute wieder, wie einst auch die rechtsstehenden Gegner selbst einen Bismarck beschuldigt haben, von dem sie 1877 in einer Flugchrift sagten: „Der Kanzler gehört den Gründern und Juden an, daher fort mit diesem Schlimm und seinen Trägern.“

Freistaat Baden Abschluß der Evang. Landesynode

Karlsruhe, 23. April. Die Verhandlungen der Evang. Landesynode wurden heute vormittags zu Ende geführt. Der Vorsitzende der religiösen Sozialisten, Dr. Dietrich-Wannheim, gab die Erklärung ab, daß keine Gruppe an dem gemeinsamen Schlußwort teilnehmen könne, da ihr gemessen der christliche Glaube abgeprochen worden sei. Man würde einen besonderen Gottesdienst abhalten.

Der Vorsitzende der Synode, Kirchenrat Schulz, unterbrach die Sitzung auf zehn Minuten.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen gab Präsident Schulz seiner Betrübnis über diese Erklärung Ausdruck; er sei freitret, daß die Neubeurteilung, auf die sich die Erklärung beziehen sollte, geschehen ist.

Abg. Dietrich erklärt, daß er seiner Erklärung nichts hinzuzufügen habe.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1595 Italiänischer Dichter Torquato Tasso — 1599 *Diner Cromwell — 1744 *Witronom Anders Celsius — 1874 *Marconi, Erfinder der drahtlosen Telegraphie — 1907 Sozialistischer Erschütterer A. Schwedel — 1925 Reichsbannermann E. Schulz-Berlin von Haltenkreuzlern ermordet — 1926 *Schwedische Schriftstellerin Ellen Key.

Das Geheimnis

Der Führer, das Organ der Nationalsozialisten, meldete in den letzten Tagen wiederholt, daß bei Durchsichtung der im gleichen Hause gelegenen SA-Räume in Karlsruhe von der Polizei eine Riste beschlagnahmt worden sei, deren Inhalt der Schriftleitung des Führers nicht bekannt wäre. Er sagt ferner, der babilische Beobachter und wir hätten die Meldung ebenfalls gebracht und ein Ausrufescheit hinter die Mitteilung von der geheimnisvollen Riste gesetzt, um deren vermutlich gefährlichen Inhalt anzudeuten.

Zeitungsleute sind neugierig, müssen es herabsehender schon sein. Also haben wir es versucht, diesem Geheimnis etwas näher zu kommen. Nachdem alles unglücklich gewesen ist, fiel uns ein, daß die Polizei, wie der Führer meldete, bei Besichtigung der SA-Räume einen Kater mit eingeschlossen und auf seine Reklamation wieder herausgelassen habe. Mit diesem Einfall hatten wir gewacht. Doch wir selbst persönlich bei dem Kater, der doch vermutlich den SA-Eid geleistet hat, nichts auszurufen vermochten, das war uns von vornherein klar. Nur wie kloßbrühe. Da wir aber in unserem Betrieb eine Käzin besitzen, ein reisendes Kerlchen, ganz rotes Fell selbstverständlich, schickten wir diese mit einer Wurst im Maul los. (So sind wir eben einmal!) Der SA-Kater hat sich behilfslos von der roten Käzin austragen lassen, die hat uns wiederum Bericht gegeben. Hier ist er:

Der SA-Kater hat wirklich nichts gemerkt. Er erzählte mir vertraulich, daß es auch gar keine Riste sei, von der man spreche, sondern nur ein Kästchen. Da er sich gewungenermaßen mehrere Stunden lang in den verriegelten Räumen, deren Anzeigensystem nur aus geheimnisvollen Behältern bestehe, aufschalten habe (die Wurst sei übrigens sehr gut), könne er genauer Auskunft geben.

In dem Kästchen also befand sich derjenige Stoff, mit dem die Leute im Führer vor der Salbung der SA-Räume, ihren ständigen rasch aufgebrauchten Bestand immer wieder frisch ergänzend, den Straßfen vollgeputzt hätten. Das habe er oft beobachtet. Während der Zeit, in der eingeschlossen gewesen sei, habe er vor der Riste gesehen und in ihr gerochen. Der Geruch sei ihm sehr bekannt vorgekommen. Wie Hirschkäse rieche, wisse er nicht genau anzugeben, da er im Führergebäude hieron nie etwas bemerkt habe. Vertraulich könne er aber sagen, daß man dem Geruch nach der Meinung sein könne — aber bitte ganz streng vertraulich — die Substanz in dem Kästchen sei — Rohmilch!

An ihren Briefen sollt ihr sie erkennen

Wir hatten Gelegenheit folgenden Brief, den der babilische Minister des Innern, E. Maier, erhalten hat, zu sehen und bringen den Schrieb in seiner ganzen Schönheit und „ursprünglichen“ Orthographie zum Abdruck. Er lautet:

„Lieber Herr Maier wir möchten Dir kurz mitteilen, daß wenn du noch einmal eine Zeitung verbietest, darfst du dich nicht mehr sehen lassen. Wir werden dich jetzt steh im Auge behalten. Wir werden zwei Männer aufstellen, welche dich erschießen. Halte dich bei der Gewalt. Verbiete keine Zeitung mehr. Sonst ist es dein Tod. Jeder Mann ist auferzogen mit zwei Revolvern. Unter richten sie bitte alle Zeitungen danach. Wenn Sie noch eine Zeitung verbieten werden wir sofort einmarschieren. Bittt alles verbieten? oder gar nichts außer dem werden wir noch das Raubhaus Knopf und Tsch. Und eine große Kirche nächste Woche anzünden.“

Man braucht wirklich keinen großen Kommentar zu solchem Nachwerk zu schreiben. Aber eines glauben wir sagen zu können. Minister Maier ist Soldat gewesen, war im Krieg und wurde dort verwundet. Auf ihn haben schon Männer geschossen und nicht nur Lausbuben, wie die Schreiber des oben gezeigten Briefes. Dem Text dieses Briefes entsprechend muß man annehmen, daß die Leute, die ihn fabriziert haben, noch nicht lange von dem Alter entfernt sind, in dem sie die Hosen naß machen. Wirkliche Männer haben vor ihnen keine Angst, sie werden solchen Bürtlein schon „zünden“.

Der Stadtrat hat beschlossen

Nachtr. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende bekannt, daß bei einer Uebung der Berufsfeuerwehr mit Gasmasken der 33 Jahre alte verbeiratete Feuerwehrmann Anton A. b. n. aus noch unbekanntem Grund plötzlich auf der Hochleiter in sich zusammengesunken und dann rückwärts abgestürzt sei. Beim Sturz habe er den ebenfalls verbeirateten 29 Jahre alten Feuerwehrmann Alfred Schleifer mit in die Tiefe geschleift. Feuerwehrmann Anton A. b. n. habe sehr schwere Verletzungen erlitten und sei auf dem Transport zum Krankenhaus gestorben. Abend sei ein pflichttreuer und tüchtiger Beamter gewesen, dessen fürchterliches Schicksal bei seinen Kameraden und Vorgesetzten höchste Bestürzung hervorgerufen habe. Auch die Stadtnormalung werde des braven Mannes in Treue gedenken. Die Mitglieder des Kollegiums hatten sich zum Zeichen ihrer Anteilnahme von den Sigen erhoben.

Aufbewahrung von Paddelbooten im Rheinstrandbad Rappenwört. Dem Polizeivorterein Karlsruhe e. V. wird die Erlaubnis erteilt, anschließend an die Bootsunterkunft in der früheren Schießhalle eine Paddelboothalle zu errichten.

Unterrichtsurke. Einem Antrag der Zentrumsfraktion des Bürgerausschusses entsprechend beschloß der Stadtrat für die aus den Volks- und höheren Schulen an Ostern entlassenen Schüler und Schülerinnen, die infolge der schlechten Wirtschaftslage keine gewerbliche oder kaufmännische Lehrstelle finden können, an den Gewerbe- und Handelsschulen Vorkursurke von 25 bis 30 Wochenstunden zur Vorbereitung auf den handwerklichen bzw. kaufmännischen Beruf einzurichten. Das Kursgeld wird den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gegenwart entsprechend auf einen monatlichen Monatsbetrag festgelegt. Den Unterricht an den Kursen erteilen Lehrer der Betr. Schulen innerhalb ihres Stundenmaßes, so daß eine über das bisherige Maß hinausgehende Belastung des städtischen Haushalts nicht eintritt.

Karlsruher Kinder warten auf den Sommertag

Welche Ungebild in den 3100 Kinderbetreuern, die dem großen Karlsruher Frühlingsergötze entgegenwachen! Weit mehr Kinder als im ersten Jahr haben ihre Schulen, die in lebenswirdiger Weise die Sammlung durchführen, gebeten, an dem farbenprächtigsten Sommertagszug teilnehmen zu dürfen. Ein Frühstück haben sie schon behutsam ausgegeben, das wählten die Bregel gekostet wer-

Gewerkschaftskartell-Versammlung

Bierpreislenkung / Der Krisenkongreß / Arbeitsbeschaffung für Karlsruhe / Preislenkungsfragen / Maifeier

Am Donnerstagabend fand im Volkshaus eine Vertreterversammlung des Krisenausschusses des A.D.G.B. Karlsruhe-Durlach-Eitlingen statt, in der zunächst Koll. Erb den Kassenbericht vom 1. Quartal 1932 gab. Er hatte den Bericht schriftlich vorgelegt, so daß er sich auf eine kurze mündliche Erklärung beschränken konnte. Den Preislenkungsbericht gab Koll. Kisten, der betonte, daß Bäder, Kasse und Besatz in bester Ordnung befanden wurden. Er beantragte deshalb Entlastung des Kassiers, was einstimmig angenommen wurde.

Sodann berichtete Koll. Erb über die Frage der Bierpreislenkung.

Die Mittelungen des Koll. Erb lösten eine lebhaft diskutierte Diskussion aus. Zunächst machte Koll. Ritter längere Ausführungen über die Frage des Preisabschlags. Auch Koll. Siebert weist auf diesen unhaltbaren Zustand hin und befürwortete das Vorgehen des Kartellvorstandes. Koll. Seck schied die Schuld an den Zuständen in der Bierpreisfrage den Brauereien zu, ebenso Kollege Fischer. Nach einer weiteren Diskussion stellte Koll. Schulenburg fest, daß das Kartell damit einverstanden ist, daß der Kartellvorstand in der Bierpreisfrage ein Protestschreiben an das Ministerium richtet.

Hierauf gab Koll. Schulenburg den Bericht vom Krisenkongreß der Gewerkschaften. Dieser Kongreß war besucht wie kaum einer und besonders die Repräsentanten waren auf ihm zahlreicher vertreten, als jemals auf einem Gewerkschaftskongreß. Schulenburg ging in längeren Ausführungen auf das Referat des Koll. Leibart ein, der mit allem Nachdruck verlangt habe, daß endlich die 40-Stundenwoche eingeführt wird. Koll. Egert hat auf dem Krisenkongreß ausgeführt, daß der Kapitalismus nicht instande sein wird, die Krise zu meistern. Ohne Eingriffe der öffentlichen Hand wird die Krise nicht zu beheben sein. Hauptursache der Krise ist das in der Weltwirtschaft allgemein gehendende Vertrauen. So hat Amerika 3,5 Millionen Dollar, die es im Ausland investiert hatte, zurückgezogen. Auch Frankreich hat seine in England angelegten Kapitalien zurückgezogen. Durch diese Tatsachen und durch die Aufhebung der Goldmündung in England ist die Krise ungemein verschärft worden. Egert hat ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeitet, mit dem der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu Leibe gegangen werden kann. Bei Ausführung des Programms des Koll. Egert würde für eine Million Arbeitslose auf ein Jahr Arbeit geschaffen, was eine Ausgabe von 2 Milliarden verursachen würde. Durch Hebung der Kaufkraft dieser Million Arbeitslosen würde die Möglichkeit geschaffen, daß die Wirtschaft allmählich wieder angetrieben würde. Die Finanzierung dieses Planes sieht Egert darin, daß das Aufkommen der Haussteuer und der Reichsfluchtsteuer zuzüglich zur Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Auch die Erparnisse der Reichsrenten würde, mühten zur Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Weiter müßte eine Reichsrente aufgelegt werden, die so einjährig sein müßte, daß sie die gesamten Gelder aus dem Strumpf herausholt. Bei dieser Gelegenheit machte Schulenburg die Mitteilung, daß die Frage des Karlsruher Rheinbrückenbaues soweit gelöst sei, daß nur noch die Unterführung Bauerns fehlt. Dieses Projekt würde 22 Millionen Mark Kosten verursachen und eine Bauzeit von drei Jahren in Anspruch nehmen, so daß der babilische und der pfälzische Arbeitsmarkt

ganz wesentlich entlastet werden könnte. Egert betonte auf dem Krisenkongreß, daß sein Programm spätestens im Spätsommer in Angriff genommen werden muß, wenn wir nicht völlig unberechenbaren Zuständen entgegenzwecken wollen. Auch Stegerwald sprach auf dem Krisenkongreß das Wort, ebenso der pfälzische Staatspräsident, Gen. Braun, die im Sinne Egerts sprachen.

Koll. Schulenburg forderte die Delegierten auf, die Frage der Arbeitsbeschaffung nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen, so es endlich gelingen wird, auch die Kernkräfte der Armen wieder Brot und Arbeit zu bringen.

Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen und zum Beweise des völligen Einverständnisses mit dem Programm wurde von einer Diszussion abgesehen.

Sodann berichtete Koll. Schulenburg über die Bemühungen des Kartellvorstandes in der Frage der

Arbeitsbeschaffung für Karlsruhe. Schon mehrere Male war der Kartellvorstand beim Bürgermeisteramt vorstellig geworden und hat die Erweiterung des Stadtkanals beantragt, ebenso die Verfüllung des Hochwasserdamms, was für 500 Arbeiter Arbeit für 7 Monate bedeuten würde. Die Unternehmungen wurden immer wegen Geldmangel abgelehnt.

Beim neuesten Vorstelligwerden wurde nun dem Kartellvorstand bedeutet, daß in Wäde mit dem Bau der Rheinbrücke begonnen werden wird. Trotzdem wird der Vorstand nicht unterlassen, die Hebel in Bewegung zu setzen, auch die vorerwähnten Unternehmungen zur Ausführung kommen.

Sodann berichtete Koll. Erb über die Frage der

Preislenkung, wobei er betonte, daß die Kommission verschiedentlich beim Minister vorstellig geworden ist und den Standpunkt vertreten hat, daß das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot, immer noch viel zu teuer sei, ebenso der Zucker und die Getreide. Die Preise dieser wichtigsten Nahrungsmittel sind deshalb noch überhöht, weil die Steuern und Zölle auf ihnen lasten. Auch der Milchpreis ist immer noch zu hoch und die Fleischpreise, die eine Zeitlang angemessen waren, beginnen wieder zu steigen. In der Preislenkungsfrage der Konjunktur wird auch dadurch ausgedeutet, daß die schlechte Qualität der Preise für gute Qualitäten bezahlen werden. Die Kommission hat deshalb den Antrag gestellt, die verhöhten Qualitäten Fleisch mit einem entsprechenden Stempel zu versehen, daß der Konjunktur auf den ersten Blick sieht, welche Qualität vor sich hat. Über nirgends ist die Kommission durchgedrungen, daß es gesagt werden muß, die Senkung der Preise ist der Senkung der Löhne nicht gefolgt. Den Gewerkschaften ist deshalb zu empfehlen, sich mit aller Energie gegen eine weitere Senkung der Löhne zu wenden.

Nach kurzer Debatte über den Bericht des Koll. Erb berichtete noch Koll. Schulenburg über die diesjährige

Maifeier, wobei er ausführte, daß die Maifeier dieses Jahr wieder wie jedes Jahr abgehalten werden soll mit Demonstrationsszug durch die Stadt nach dem Festplatz der Freien Turner, wo Kollege Bräutigam die Festrede halten wird. Zutritt hat jeder, der im Besitz einer Mitgliedskarte von 20 Pf. ist. Arbeitslose bekommen bei ihrem Beitritt zur Maifeier für 10 Pf. Die Musik stellen die Freien Turnerkapelle und das Kartell. Soweit Organisationsfragen sind die Maifeierkapellen zu stellen, werden sie gebeten, dies zu tun. Den Kindern wird wieder eine Bregel verabreicht werden. Gesehentlich weiter wird vom Maiumzug abgesehen und in der Halle eine Demonstrationssammlung abgehalten. Belongend noch werden, daß die Festrede durch Lautsprecher übertragen wird. Ein eingehender Diszussion wurde des Programms des Kartellvorstandes über die Maifeier aufgegeben.

Rus Organisationen und Vereinen

Bunter Abend des Gelandereins „Lora“ der Firma u. Steffens. Troy schwerer Wirtschaftskrise ließ es sich die Vorstandskasse des Gelandereins „Lora“ der Firma von Steffens nicht nehmen, den Mitgliedern, sowie deren Familienangehörige auf Samstag, den 1. April, abends nach dem Saal der Volkshaus zu einem bunten Abend einzuladen. Der rührige Vorstand des Vereins, Herr Bräutigam, welchem es gelungen ist durch Mühe und Aufopferung den Verein in kurzer Zeit auf die heutige Höhe zu bringen, begrüßte die Anwesenden herzlich und führte in seinen Worten aus, daß man trotz Wirtschaftskrise und der allgemeinen Geldmangel Gelegenheit finden muß, um die Mitglieder für kurze Zeit zu lassen zu können, was an diesem Abend vollkommen gelungen ist. Der Chormeister des Vereins, Herr Wilsa Eder, hatte in der Vorrede mohter Weise wieder ein Programm zusammengestellt, das die Wünsche der Anwesenden Rechnung trug. Als Solistin Opernsängerin Bräutlein Kimmel gewonnen, welche u. a. mit der Arie der Marie aus Walfenstunde, einigen Liedern und Singspielen ihre auf hoher Stufe stehende Gesangskunst erneut unter Beweis stellte. Herr W. Eder gab eine von ihm selbst komponierte patriotische Szene „Pierrot und Pierrette“ zum Besten, mohter Künstler reichen Beifall erteilte. Zwei lustige Theaterstücke, die von den Damen Werner und Rios und den Herren Koch, Jod, Seith und Frey lösten bei den Zuhörern die herzlichsten Lachsalen, sumal die Mitwirkenden ihre Rollen in ausgesprochen Weise spielten. Der Männerchor erteilte mit einigen trefflichen Liedern u. a. einer Komposition seines Chormeisters „König Mat“ reichhaltigen Beifall der dankbaren Zuhörer.

(.) Die Vereinsbank Karlsruhe e. G. m. b. H. hielt vergangene Mittwochabend in der „Eintracht“ unter dem Vorsitz des Bankdirektors Adolf Wilsa Kaufmann, ihre diesjährige ordentliche Vertreterversammlung ab. Dem Geschäftsbericht für das vergangene Jahr erläuterte Herr Direktor Wilsa Kaufmann die verschiedenen Punkte eingehend. Es gelang eine Dividende von 5 Prozent zur Verteilung. Die ordentliche Reserve erhöhte sich von 7.444,40 M., ein Betrag von 1.187,77 M. wird zur neuen Rechnung vorgezogen. Die turnusmäßig auszuführenden Aufsichtsratsmitglieder, Herren Frau, Leop. Bed, Ernst Blum und Etober wurden wiedergewählt.

(.) Ermittlung des Verbrauches an Gas und Strom. Die Abnehmer der städtischen Werke, die bisher allmonatlich bei den Abnehmern nur den Stand der Messeneinrichtungen für Gas und Strom lesen und auf einem Anhängeschild verzeichnet haben, rechnen jetzt sofort an Ort und Stelle den Verbrauch seit dem letzten Lesen aus und nennen ihn dem Verbraucher. Die Aufstellung der bisherigen Beobachtungen obdieses nun den meisten Abnehmern nicht beachtet. Nur dort, wo alle Messeneinrichtungen außerhalb der Wohnung oder der Geschäftsräume des Abnehmers angebracht sind, wird das bisherige Verfahren beibehalten.

Die Polizei berichtet:

Zur Anzeige gelangten

26 Personen wegen großen Unfalls und Ruhestörung, eine Person wegen Beamtenbeleidigung, der Abteilungsleiter eines Lebensmittelbetriebes, weil er Seife unter einer Anreizung zum Verkauf brachte, die der Güte der Waren nicht entsprach.

Entwendet

wurden über Samstag und Sonntag 11 Fahrräder.

Festgenommen wurden

4 Personen, die dem Polizeipräsidium zwecks Strafverfolgung vorgeführt wurden.

Einbruchdiebstähle

Eingebracht wurde in zwei Klubbäuser auf der Rautenbrückstraße beim Stadt. Wasserwerk und Gegenstände im Wert von ungefähr 20 M. entwendet. Die Kriminalpolizei befragt beide Fälle.

